

# FREIBERUFLER-TICKER vom 11. Oktober 2024

## 1. BFB-Demokratie-Campus auf Kurs

Der BFB-Demokratie-Campus stößt auf große positive Resonanz. Wir freuen uns auf zwei weitere Veranstaltungen im Oktober, zu denen wir herzlich einladen:

- 17. Oktober 2024: Vorstellung des Freiheitsindex 2024 – Das Forschungsprojekt des Instituts für Demoskopie Allensbach und Media Tenor International. Für Anmeldung bitte der BFB-Geschäftsstelle [schreiben](#).
- 29. Oktober 2024: „[Die Ermittlung](#)“ – exklusive Sondervorführung mit Filmgespräch.

Der Demokratie-Campus ist eine Plattform und ein Netzwerk des BFB, der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und weiteren Partnerorganisationen, wie zum Beispiel Transparency International Deutschland, Reporter ohne Grenzen oder dem Medienverband der Freien Presse. Im Ursprung des Demokratie-Campus liegen die Engagements der Freien Berufe in Integration, Erhaltung der Demokratie an der Basis und gegen Extremismus und Antisemitismus. Gemeinsam mit spannenden Partnern ist eine Plattform entstanden, die im Mai 2024 das erste Mal das Licht der Welt erblickte: Bei der 75-Jahr-Feier des BFB war der Demokratie-Campus eines der Highlights und wurde zum Treffpunkt, auch Bundesratspräsidentin Manuela Schwesig oder CDU-Bundesvorsitzender Friedrich Merz waren zugegen. Der Demokratie-Campus entwickelt sich und seine Formate fortlaufend weiter und freut sich über Input und Unterstützung.

## 2. Freie Berufe im wiedervereinigten Deutschland

Im Vorfeld des Tages der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2024 [skizzierte](#) BFB-Hauptgeschäftsführer Peter Klotzki die wichtigsten Kennziffern: „Die Entwicklung im wiedervereinigten Deutschland ist herausragend: Plus 269,7 Prozent – so stark sind die selbstständigen Freiberuflerinnen und Freiberufler in den neuen Bundesländern zwischen 1993 und 2024 gewachsen. In den alten Bundesländern betrug der Zuwachs 165,7 Prozent. Im gesamten Bundesgebiet nahm die Zahl um 178,6 Prozent zu. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Selbstständigen insgesamt über alle Sektoren hinweg um 5,8 Prozent gestiegen. Mit Blick auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Freiberufler-Teams ist die Entwicklung ebenfalls positiv. Das Plus bei sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Freiberufler-Teams liegt für die neuen Bundesländer bei 146,2 Prozent und in den alten Bundesländern bei 164,8 Prozent. Auf das gesamte Bundesgebiet bezogen sind es plus 161,2 Prozent. Auch hier zum Vergleich: Insgesamt kletterte die Zahl aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 1993 und 2024 um 22,1 Prozent.“ Klotzkis Fazit: „Seit mehr als drei Jahrzehnten steht das System ‚Freier Beruf‘ nun auch in den neuen Bundesländern wie seither in den alten Bundesländern allerorten für Qualitätsdienstleistungen, Verbraucherschutz, Unabhängigkeit und mehr als ‚Markt pur‘.“

## 3. Abwanderung junger Menschen aus ostdeutschen Bundesländern

2023 sind erneut mehr junge Menschen aus den ostdeutschen Bundesländern in den Westen gezogen als umgekehrt. Wie das Statistische Bundesamt zum Tag der Deutschen Einheit [mitteilte](#), waren es netto 7.100 Personen im Alter von 18 bis unter 30 Jahren, die aus Ostdeutschland in die westdeutschen Bundesländer (jeweils ohne Berlin) zogen. Damit setzte sich der seit 1991 bestehende kontinuierliche Wanderungsverlust Ostdeutschlands gegenüber dem Westen in dieser Altersgruppe auch 2023 fort. Dieser dürfte auch auf die Abwanderung zum Studium oder zur beruflichen Ausbildung zurückzuführen sein. Insgesamt sind seit 1991 netto 727.000 zu dem Zeitpunkt 18- bis unter 30-Jährige aus den ostdeutschen Ländern in den Westen abgewandert. Diese Altersgruppe trägt besonders stark zur Abwanderung gen Westen bei: Insgesamt zogen seit 1991 netto knapp 1,2 Millionen Menschen aus den ostdeutschen in die westdeutschen Länder.

Hier wirken die Freien Berufe gegen den Trend und halten als Arbeitgeberin und Arbeitgeber sowie insbesondere als Ausbilderin und Ausbilder junge Menschen vor Ort.

#### **4. Herbstprojektion der Bundesregierung**

Am 9. Oktober 2024 legte die Bundesregierung ihre [Herbstprojektion](#) vor. Darin geht sie davon aus, dass sich die deutsche Wirtschaftsleistung im laufenden Jahr preisbereinigt um 0,2 Prozent verringert. Insgesamt rechnet die Bundesregierung für 2025 mit einer Steigerung des realen Bruttoinlandsprodukts um 1,1 Prozent, 2026 dürfte sich der Anstieg auf 1,6 Prozent nochmal verstärken. Mit den Maßnahmen der Wachstumsinitiative geht die Bundesregierung die strukturellen Probleme Deutschlands systematisch an: mit einer Stärkung von Investitionsanreizen, einer Erhöhung der Arbeitsanreize für ältere Beschäftigte, Erleichterungen bei der Fachkräftegewinnung aus dem Ausland, Bürokratieabbau, der dauerhaften Senkung der Stromsteuer für die produzierenden Unternehmen und der Verlängerung der Strompreiskompensation für energieintensive Unternehmen. Die erwartete konjunkturelle Belebung dürfte auch mit einer wieder zunehmenden Arbeitskräftenachfrage einhergehen. Die Beschäftigung wird sich ab dem Frühjahr 2025 wieder etwas dynamischer entwickeln, flankiert durch die arbeitsmarktaktivierenden Maßnahmen der Wachstumsinitiative; bei der Arbeitslosigkeit ist dann wieder mit einer Trendumkehr zu rechnen. Die Verbraucherpreise sind zuletzt im Vorjahresvergleich unter zwei Prozent gefallen; im Jahresdurchschnitt 2024 dürften sie um 2,2 Prozent über dem Vorjahr liegen. Im weiteren Projektionszeitraum wird von einer Inflationsrate von zwei Prozent 2025 und 1,9 Prozent 2026 ausgegangen.

#### **5. Bürokratie-Meldeportal des LFB Baden-Württemberg**

Die Bürokratielast ist in den Freien Berufen nach wie vor hoch. Freiberuflerinnen und Freiberufler verbringen durchschnittlich rund 27 Prozent ihrer wöchentlichen Arbeitszeit mit bürokratischen Tätigkeiten. Vor diesem Hintergrund hat der Landesverband der Freien Berufe Baden-Württemberg (LFB) ein [Bürokratie-Meldeportal](#) initiiert, um dort niedrigschwellig konkrete bürokratische Belastungen zu erfassen.

#### **6. NKR-Jahresbericht 2024**

Der Nationale Normenkontrollrat (NKR) [veröffentlichte](#) am 1. Oktober 2024 seinen Jahresbericht 2024 „Gute Gesetze. Digitale Verwaltung. Weniger Bürokratie. Momentum nutzen, Wirkung steigern“. Als unabhängiges Kontroll- und Beratungsgremium zieht der NKR darin Bilanz zum Stand des Bürokratieabbaus und zu den Bemühungen der Bundesregierung, die Gesetzgebung zu verbessern und die Verwaltung zu digitalisieren. Betrachtet wird der Berichtszeitraum Juli 2023 bis Juni 2024. Gegenüber den Milliardenanstiegen vergangener Jahre verlangsamt sich der Aufwuchs beim Erfüllungsaufwand – das heißt beim Zeitaufwand und den Kosten, die neue Gesetze Jahr für Jahr verursachen: Das Plus in diesem Jahr beträgt insgesamt noch 400 Millionen Euro. Während die Verwaltung einen Anstieg von 821 Millionen Euro schultern muss, wird die Wirtschaft erstmalig seit 2019 entlastet – um 433 Millionen Euro. Dabei sinken die durch Informationspflichten verursachten Bürokratiekosten – als Teilmenge des Erfüllungsaufwands der Unternehmen – sogar um 655 Millionen Euro.

#### **7. Digitalisierung durch Corona ausgebremst**

Entgegen der öffentlichen Wahrnehmung half die Covid-19-Pandemie nicht, die Digitalisierung in Deutschland voranzubringen. Zwar gaben Unternehmen mehr Geld für Technik aus, die Homeoffice und virtuelle Zusammenarbeit ermöglicht. Gleichzeitig gingen jedoch Investitionen in modernste Produktionsmittel ebenso zurück wie solche in modernste Analyse- und

Planungstechnologien sowie digital gestütztes Kundenmanagement. Vor allem größere Vorhaben wurden verschoben oder ganz aufgegeben. Das zeigt eine gemeinsam von ZEW Mannheim, dem Institut zur Zukunft der Arbeit, dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, dem Luxembourg Institute of Socio-Economic Research und weiteren Forschungseinrichtungen verfasste Studie auf Basis einer repräsentativen Betriebsbefragung, die am 1. Oktober 2024 [veröffentlicht](#) wurde. Die pandemiebedingte Investitionslücke beläuft sich dabei auf etwa 50 Prozent. Damit brachte die Pandemie keinen Digitalisierungsschub, sondern warf die Technologieentwicklung in Deutschland sogar um knapp 1,5 Jahre zurück.

## 8. Umsetzung des AI Act

Das Bundeskabinett will sich im ersten Quartal 2025 mit dem Durchführungsgesetz zur europäischen Verordnung über Künstliche Intelligenz, dem AI Act, befassen. Das [schreibt](#) die Bundesregierung in ihrer Antwort ([20/12948](#)) auf ein Kleine Anfrage, über die der Deutsche Bundestag am 30. September 2024 berichtete. Federführend seien das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und das Bundesministerium der Justiz, heißt es in der Antwort weiter.

## 9. Zeitplan für Anhörungen im EP steht

Die [Anhörungen](#) für die designierten Mitglieder der neuen Europäischen Kommission werden zwischen dem 4. und dem 12. November 2024 stattfinden. Die Kandidatinnen und Kandidaten werden dabei gemäß einer [Zuständigkeitsverteilung](#) entweder von einem einzigen Ausschuss oder in einer gemeinsamen Sitzung mehrerer Ausschüsse des Europäischen Parlaments (EP) angehört, wenn das entsprechende Portfolio mehrere Zuständigkeiten betrifft. Nach den Anhörungen wird EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen das neue Team und das Arbeitsprogramm im Plenum vorstellen, wo das Kommissionskollegium als Ganzes die Zustimmung des Parlaments mit einfacher Mehrheit benötigt. Anschließend wird die neue EU-Kommission vom Europäischen Rat mit qualifizierter Mehrheit formell ernannt. Frühestmöglicher Amtsantritt der neuen EU-Kommission ist der 1. Dezember 2024. Sollten sich im Laufe der nun angesetzten Anhörungen jedoch Verzögerungen ergeben, etwa weil einzelne designierte Kommissarinnen und Kommissare seitens des EP abgelehnt werden, bleibt die gegenwärtige EU-Kommission über den 1. Dezember 2024 hinaus geschäftsführend im Amt.

## 10. BFB-Jobportal bietet kostenfreie Möglichkeit der Jobvermittlung

Das Jobportal [www.freieberufe-jobportal.de](http://www.freieberufe-jobportal.de) des BFB, das im Mai 2022 insbesondere für ukrainische Geflüchtete lanciert wurde, ist im Juni 2023 in Kooperation mit dem Bundesverband Deutscher Unternehmensberatungen (BDU) zu einem allgemeinen Jobportal für die Freien Berufe erweitert worden. Nun bietet es, speziell und exklusiv als Jobportal für die Freien Berufe, Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern die Möglichkeit, dort kostenfrei, schnell und direkt offene Stellen, darunter Vollzeit- und Teilzeitjobs sowie Ausbildungs- und Praktikumsplätze, zu inserieren. Im Hinblick auf den Fachkräftemangel in den Freien Berufen setzen BFB und BDU in ihrer Kooperation gezielt einen strategischen Schritt, um bestmögliche Ergebnisse und Bedingungen in den Freien Berufen zu schaffen. Weiterhin soll mit dem Jobportal mit Blick auf das Gemeinwohl die Verbindung zwischen Arbeitssuchenden und Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern bei den Freien Berufen gefördert werden. Stellenanzeigen können [hier](#) unkompliziert und gratis aufgegeben werden.

## Anzeige



**Wir sind die Rettet-die-Landärzte-Versicherung.** Obwohl nur zehn Prozent aller Vollversicherten in Deutschland Privatpatienten sind, sorgen sie für über 20 Prozent des Umsatzes in den Arztpraxen. Im Schnitt bedeutet das pro Jahr rund 63.000 Euro extra für jede Praxis. Das kommt Arztpraxen im ländlichen Raum nachweislich noch stärker zu Gute als in den Städten. Mehr auf [PKV.de](http://PKV.de).

